

Rede des Genossen Kadar

Wir übermitteln unseren Dank an Genossen Breshnew für die Einberufung dieses Treffens, das die USAP von Herzen begrüßt. Es ist aktuell, nützlich und für uns eine große Hilfe. Wir sind völlig mit der Analyse der internationalen Lage und den Schlußfolgerungen in der Rede des Genossen Breshnew einverstanden. Der Kurs der internationalen Entwicklung ist günstig für uns.

Die innere Entwicklung in Ungarn verläuft gleichmäßig und dynamisch sowohl in bezug auf die Partei als auch auf staatlicher Linie. Wir betreiben eine aktive internationale Tätigkeit. Die günstige internationale Entwicklung ist das Ergebnis unserer gemeinsamen Aktionen. Die Politik der Sowjetunion ist dabei von entscheidender, historischer Bedeutung. Das wird von Freund und Feind anerkannt. Wir beglückwünschen das ZK der KPdSU, die Sowjetregierung und Genossen Breshnew persönlich und danken für die gewaltige Arbeit. Die USAP hat erklärt, daß sie die Linie des XXIV. Parteitages völlig billigt und unterstützt. Seit dem Nixon-Besuch in der SU im vergangenen Jahr ist ein großer Schritt nach vorn in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA getan worden. Wir begrüßen und unterstützen die Ergebnisse des Breshnew-Besuches in den USA sowie die Reise des Genossen Breshnew in die BRD und nach Frankreich. Wir sind tief überzeugt, daß dies nicht nur eine Sache der Beteiligten ist, sondern von weltpolitischer Bedeutung. Es dient allen Kräften des Fortschritts. Wir begrüßen das Zusammentreffen des Genossen Breshnew mit den dortigen Vertretern der Bruderparteien. Die Politik der friedlichen Koexistenz macht Fortschritte. Die bürgerlichen Parteien wollen das gegen die kommunistischen Parteien ihrer Länder ausnutzen, indem sie behaupten, daß auch ohne die kommunistischen Parteien gute Beziehungen zu den sozialistischen Ländern möglich sind. Deshalb heben wir die Begegnungen L. I. Breshnews mit den Vertretern der kommunistischen Parteien hervor. Das war musterhaft und beispielgebend.

Das Pariser Vietnam-Abkommen hat historische Bedeutung. Man kann noch nicht endgültig vom Frieden reden, aber das Abkommen ist ein starkes Instrument. In der internationalen Kontrollkommission haben unsere Vertreter viele Erfahrungen gesammelt. Sie besagen insbesondere, daß die Lage in Südvietnam unheimlich kompliziert ist. Offen gesagt, die Position der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam ist schwächer, als wir gedacht haben, die des Saigoner Regimes stärker, als wir dachten. Wir müssen also den vietnamesischen Genossen in schwieriger Lage helfen. Die polnischen und ungarischen Vertreter müssen ihre Tätigkeit in der Kontrollkommission für die Unterstützung der RSV nutzen. Wir sind mit Genossen Breshnew einverstanden, daß man der DRV auf verschiedenen Gebieten helfen muß. Wir müssen die Hilfe besser koordinieren. Vietnam sollte sich in irgendeiner Form dem RGW anschließen, evtl. so, wie Jugoslawien. Das würde unsere Arbeit erleichtern und unsere Hilfe effektiver machen. Besonders wichtig ist es, daß man mit der DRV die Pläne koordiniert.

Die Fortschritte in bezug auf die europäische Sicherheit schätzen wir positiv ein.- Unsere Außen- und Verteidigungsministerien müssen sich zur Frage der Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Europa gut konsultieren. In bezug auf die europäische Sicherheitskonferenz sollten wir uns intensiver mit den vier Punkten der Tagesordnung befassen. Die westliche Propaganda behauptet, die Punkte 1, 2 und 4 dienten ausschließlich den sozialistischen Ländern, und nur Punkt 3 diene den westlichen Ländern. Aber alle vier Punkte dienen dem Frieden und den Menschen. Der Ideenaustausch muß aber zunächst mal unter uns stattfinden.

In der Frage der Rüstungsbegrenzung und Reduzierung der Streitkräfte gab es lange Diskussionen über Ungarn. Wir haben uns auf nichts eingelassen. Wir wollen jedoch jetzt klarstellen: Es handelt sich um eine Konferenz über Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa. Die Frage der ungarischen Teilnahme war sehr wichtig, wir müssen jedoch künftig noch koordinierter arbeiten und die Dinge besprechen.

Insgesamt macht uns die Entwicklung der internationalen Lage Mut. Unsere Politik geht gut voran, und wir müssen diesen Kurs weiterführen. Das dient unseren Klassenzielen. Die Wachsamkeit und Verteidigungsbereitschaft müssen weiter gefestigt werden. Die Ära des allgemeinen Friedens ist noch nicht angebrochen. Es ist noch keine Einschränkung der Rüstungsausgaben möglich. Auf zwei Fragen möchte ich besonders eingehen:

1. Der Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD und die internationale Anerkennung der DDR sind ein großer Sieg. Wir beglückwünschen Genossen Honecker dazu. Sie sind das Ergebnis unseres gemeinsamen 25jährigen Kampfes. Wir gratulieren auch Genossen Husak zum Vertrag mit der BRD. Wir werden noch enger mit der DDR überall dort zusammenarbeiten, wo das die BRD betrifft. Wir werden das Westberlin-Abkommen einhalten und mit der BRD keine Westberlin betreffenden Fragen vereinbaren. Die Unterzeichnung des Vertrages zwischen der CSSR und der BRD erfolgt Anfang September. Bulgarien unterhält Kontakte zur BRD. Wir werden am 13. August die Verhandlungen mit der BRD beginnen. Anfang September werden wir, evtl. gleichzeitig mit der CSSR und Bulgarien, die diplomatischen Beziehungen mit der BRD herstellen.
2. Diplomatische Beziehungen mit Spanien. Die DDR hat die Beziehungen aufgenommen. Spanien hat sich an die SU, Polen, Ungarn und andere Länder gewandt und diplomatische Beziehungen vorgeschlagen. Was sollen wir tun? Die KP Spaniens ist dagegen. Es würde jedoch der friedlichen Koexistenz entsprechen, wenn wir allmählich Beziehungen herstellen. Wo ist der Unterschied zwischen den Diktaturen in Spanien und Griechenland? Zu Portugal bestehen keine diplomatischen Beziehungen wegen des schändlichen Kolonialkrieges. Mit Spanien müssen wir die Dinge regeln. Hier müssen wir uns konsultieren.

Zum RGW. Dies ist eine wichtige Frage. Die Prager Tagung brachte ein gutes Ergebnis. Wir müssen versuchen, die RGW-Arbeit zu beschleunigen. Die Entwicklung eines jeden Landes hängt vom Tempo der wirtschaftlichen Integration ab. Sie ist für unser Land lebenswichtig.

Wir danken der Sowjetunion für ihre Anstrengungen in bezug auf das Energie- und Rohstoffproblem. Vor allem müssen wir unsere Fünfjahrpläne koordinieren und in der RGW-Arbeit immer von den Grundfragen ausgehen. Wir dürfen nicht auf kleinliche Kaufmannsart handeln. Das verzögert nur die Dinge. Die Zollfragen und Preisfragen müssen gelöst werden. Im großen Gebäude in Moskau (gemeint ist das RGW-Gebäude) erholen sich die Menschen gut. Wir dürfen die EWG nicht kopieren, müssen aber auf sozialistische Art die Integration effektiver gestalten. Wir sind für die Kontakte zwischen dem RGW und der EWG. Sie befinden sich noch im Stadium der "Aufklärung". Die Labour-Partei ist dagegen, daß der Gemeinsame Markt sich in eine politische Macht verwandelt.

Die politischen Gespräche mit den sozialdemokratischen Parteien sind sehr wichtig. Die USAP ist für systematische und allseitige Kontakte. Wir sind mit allen von L. I. Breshnew vorgeschlagenen konsultativen Maßnahmen einverstanden. Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses sollte evtl. im Januar oder Februar 1974 stattfinden. Mit den Konsultationen über Lateinamerika sind wir einverstanden.

Wir müssen unsere Arbeit auf ideologischem Gebiet besser koordinieren. Schimpfen allein reicht nicht mehr aus. Man muß argumentieren. In der Zeit des kalten Krieges sind wir faul geworden. Der ideologische Kampf vollzieht sich an zwei Fronten: einerseits gegen den Imperialismus und andererseits gegen die schäbige, antimarxistische Tätigkeit der chinesischen Führer. Sie haben eine zweite Front gegen uns eröffnet. Sie treten in jeder Frage der internationalen Politik gegen uns auf. Hierbei handelt es sich nicht um Meinungsverschiedenheiten, sondern um ein ganzes System prinzipiell entgegengesetzter Auffassungen. Wir beteiligen uns aktiv am Kampf gegen den Maoismus.

Wir unterstützen die Einberufung einer neuen Beratung der kommunistischen Parteien Europas sowie andere regionale Beratungen. Wir meinen, eine neue Internationale Beratung verlangt ungefähr 1 1/2 bis 2 Jahre der Vorbereitung.